



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C- r.: Vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Lehr-Anstalt eingerichtet und verwaltet, deren Leitung dem Kaiser zusteht; ebenso wird die Post-Gesetzgebung von dem Reiche ausgeübt. Nur für Bayern und Württemberg sind Ausnahme-Bestimmungen getroffen, deren Beseitigung wohl nur eine Frage der Zeit ist. Deutschland hat endlich, was Jahrhunderte nicht zu Stande gebracht haben, ein gemeinsames Postrecht. Nicht die feilschende Hand eines auf Vermehrung der Familiengüter bedachten Privatmanns, des weiland Postfürsten von Paris, nicht die Beschränktheit ängstlicher, particularistisch gefinnter Duodez-Minister ordnet jetzt die Angelegenheiten jenes großen Wohlfahrtsinstituts der Nation, sondern die mit dem Mandate von Kaiser und Reich betraute Reichspostverwaltung. Möge sie mit dem Reiche dauern bis in die fernsten Zeiten!

L.

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, 7. Mai.

Die Rede des Reichskanzlers vom 2. Mai, mit welcher er die Gesetzworlage über die Stellung von Elsaß-Lothringen zum Reich einleitete, hat bei ihrem mannigfaltigen und bedeutenden Inhalt einen ebenso vielfachen und tiefen Nachhall geweckt. Die Ueberraschung war groß, als der Kanzler mit voller Unumwundenheit erklärte, daß eine definitive Ordnung der Verhältnisse von Elsaß-Lothringen jetzt weder beabsichtigt werde, noch auch nur wünschenswerth sei. Durch diese Offenheit ist aber der Erfolg gewonnen worden, daß die Vorlage, wie sie aus dem Bundesrath gekommen, wesentlich unverändert durch die Achtundzwanziger-Commission und durch den Reichstag geht. Wenn feststeht, daß die definitive Ordnung für jetzt ausgefakt bleiben soll, so kann die Vorlage keiner erspriesslichen Veränderung unterworfen werden. Andererseits aber wird der Reichstag in seiner Mehrheit da, wo der Kanzler und der Bundesrath ihre Unzureichendheit bekennen, schon jetzt etwas Endgültiges zu schaffen, eine abschließende Entscheidung seinerseits finden zu können ebenfalls nicht den Anspruch erheben. Wäre die Vorlage als Definitivum bezeichnet worden, so hätte die Angelegenheit ganz anders gestanden. Durch die entschiedene Betonung des Provisoriums wird der Widerspruch in der That niedergeschlagen. Es giebt Provisorien, die dies nur der Form nach sind. Hier aber handelt es sich um einen experimentalen Zustand in jeder Beziehung, und da ist es am Besten, sich die Hände so frei als möglich zu halten. Alle Uebelstände, die ein Provisorium haben kann, müssen in den Kauf genommen werden, wenn Niemand im Stande ist zu sagen, worin das Definitivum besteht, dessen Zweckmäßigkeit allen oder den meisten Theilen schon jetzt einleuchtet.

Wenn das, was für Elsaß und Lothringen jetzt eingerichtet wird, anerkanntermaßen ein Uebergangszustand ist, so fehlt es natürlich nicht an Fragern nach dem, was hinter dem Uebergang liegt. Das sind solche, die sich nicht ausreden lassen wollen, daß der Uebergangszustand durch einen fertigen Plan eingegeben worden, dessen Verwirklichung nur noch nicht an der Zeit sei, keineswegs aber durch Mangel an gutem Rath. Man kann dieser Ansicht um so weniger beipflichten, als auf jene Frage sehr verschiedene Antworten gegeben

werden. Viele sagen, das Provisorium kann nur durch die Einverleibung in Preußen, Andere sagen, es wird im Zusammenhang mit einer Aenderung deutscher Gebietsverhältnisse überhaupt beendigt werden. Das Natürlichste ist wohl, die Sache zu nehmen, wie sie liegt, das heißt dem Reichskanzler zu glauben, wenn er sagt, daß die Entscheidungsmomente für das Definitivum jetzt nicht vorhanden und daher abzuwarten sind. Unter diese Entscheidungsmomente ist jedenfalls auch der Abschluß der inneren Reformen zu rechnen, denen der preußische Staat entgegengeht, sowie die Ausbildung und Befestigung der Reichsverfassung durch eine längere Praxis.

Nächst den Aeußerungen, welche den Gesekentwurf unmittelbar betrafen, war in der Rede des Kanzlers die Bezugnahme auf den Pariser Aufstand von großer Bedeutung. Es ist vielfach aufgefallen und von manchen Seiten für ungerechtfertigt erklärt worden, daß der Kanzler in dem Aufstand neben vielen verwerflichen Motiven auch ein wahres Bedürfniß erkennen wollte, und zwar das Bedürfniß nach der preußischen Städteordnung. Wer an der Spitze eines Gemeinwesens steht, das eine Stellung in Europa einnimmt, wie heute das deutsche Reich, der ist in der Lage, seine Worte der fernhin treffenden Wirkung anzupassen, deren sie fähig sind. Solche Worte müssen um so mehr cum grano salis aufgenommen werden. Der Kanzler hat sicherlich nicht sagen wollen, daß die Communisten und Allermeltsverschwörer, die bei dem Pariser Aufstand als Leiter und als Kämpfer überwiegend thätig sind, die Paragraphen der preußischen Städteordnung vor Augen haben. Er weiß so gut wie jeder Andere, daß diesen Leuten unsere Städteordnung schwerlich dem Namen nach bekannt ist: Was er aber sagen wollte und worin er nicht zu widerlegen ist, war dies. Wäre in Frankreich eine Einrichtung, wie die preußische Städteordnung, eingelebt, so wäre der heutige Aufstand unmöglich. Der Widerwille, immerfort die eigensten und nächsten Angelegenheiten ohne Verständnis, ohne sachlichen Ernst und ohne uneigennütziges Wohlwollen von dem allmächtigen Staatscentrum aus entschieden zu sehen, dessen Hebel von Abenteurern zu Experimenten aller Art nach einander in Bewegung gesetzt wird, treibt endlich ganze Bevölkerungsklassen zu dem Versuch, die Unabhängigkeit ihrer Angelegenheiten festzustellen und den Staat bei Seite zu lassen oder in eine Region zu verbannen, von der er die unmittelbaren Angelegenheiten der Bevölkerung nicht mehr erreicht. Einem solchen Bedürfniß gegenüber kann man nicht mit ungetheilter Sympathie dem Vertreter der altfranzösischen Aufzehrung der gesellschaftlichen Selbstthätigkeit durch den Staat zugewandt sein. Dieser Vertreter ist Herr Thiers und seine Regierung. Zunächst vertritt er die bestehende Staatsordnung und das bestehende Recht, während der Aufstand, gerade weil er nicht bloß einen Tausch der Herrschaft über den altfranzösischen Staat, sondern eine Aenderung dieses Staates in unklarer Weise bezweckt, deren Folgen er nicht abstecken kann, allerdings auf das Chaos zusteuert. Insofern mag man den Truppen des Herrn Thiers den baldigen Sieg wünschen. Aber das braucht uns deutsche Beurtheiler nicht blind zu machen dagegen, daß Herr Thiers und sein Regierungssystem die Verkörperung aller altfranzösischen Vorurtheile ist. So erscheint Herr Thiers in seiner Beziehung zu Frankreich.

Noch viel bedenklicher ist er in seiner Beziehung zu uns. Seine Unterhändler haben in Brüssel vorgeschlagen, die fünf Milliarden anstatt in Gold zu $\frac{4}{5}$ in verschiedenartigen Rententiteln zu zahlen. Die Entrichtung der Einen Milliarde in Gold sollte überdies über drei Jahr vertheilt werden. Um die Ostforts von Paris zu räumen, sollte nicht der definitive Friedensschluß abgewartet werden u. s. w. Das sind alles Forderungen, die den

klarsten Abmachungen der Präliminarien zuwiderlaufen. Dazu die in meinem vorigen Brief erwähnte Weigerung, die erst nach dem Abschluß der Präliminarien als Prisen erklärten Handelsschiffe herauszugeben. Am 5. Mai hat sich nun Fürst Bismarck, auf Ersuchen der französischen Regierung, nach Frankfurt a. M. begeben, um das in Brüssel stockende Geschäft der Friedensverhandlungen durch eine persönliche Besprechung mit Jules Favre in gedeihlichen Gang zu bringen. Es wird sich in Frankfurt wahrscheinlich um vier Punkte vorzugsweise handeln. 1) Um die Ziehung der deutsch-lothringischen Grenzlinie im Norden. Denn auch hier haben die französischen Unterhändler neue Anstände erhoben. 2) Um das Verhältniß der Ostbahn, welche Frankreich nicht als Privatgesellschaft behandeln lassen will. Deutscherseits will man dieser Gesellschaft Kaufanträge hinsichtlich ihres auf deutschem Boden belegenen Eigenthums machen, nöthigenfalls dieselbe expropriiren. Frankreich dagegen wünscht das Verhältniß der Ostbahn international geregelt zu sehen. 3) Um die Herausgabe der unrechtmäßig condemnirten Handelsschiffe. 4) Um den Zahlungsmodus der Kriegsentschädigung. Der letzte Punkt ist bei Weitem der wichtigste und schwierigste. Man hegt hier zwar eine günstige Meinung von dem guten Willen und der Einsicht des Herrn Favre. Aber die französische Regierung bildet leider keine zuverlässige Einheit, weder durch die Eintracht der Mitglieder, noch durch den durchgreifenden Einfluß Eines derselben. Auch der Einfluß des Herrn Thiers, selbst wenn wir seines guten Willens aufs Neue versichert wären, ist nicht überall ausreichend. Die materiellen Bürgschaften werden daher ein Hauptgegenstand der deutschen Ob-sorge bleiben müssen. Dies macht die Aufgabe der Friedensverhandlungen schwieriger als sie unter anderen Umständen wäre, gegenüber einer einheitlichen und unangefochtenen, ihrer Stellung sicheren Regierung.

Der Argwohn, daß Herr Thiers den Pariser Aufstand benutzen wolle, um die französische Waffenmacht zu reorganisiren und in Paris einen solchen Theil derselben Stellung nehmen zu lassen, der es Frankreich gestatten könnte, den schon angenommenen Friedensforderungen Deutschlands noch einmal zu trozen, darf nicht verschwiegen werden. Auch die Meinung hat ihre Vertreter, daß einem solchen Plan des Herrn Thiers die Ermuthigung Englands nicht fehle. Ohne den Grund solcher Vermuthungen hier zu untersuchen, darf man der Zuversicht Ausdruck geben, daß solche Winkelzüge gegenüber der deutschen Macht und der Entschlossenheit, die sie leitet, vergeblich bleiben werden. Wir haben genug von Frankreich in Händen, um den Versuch, die in Versailles eingegangenen Friedensbedingungen abzuschwächen, durch Repressalien zu strafen, welche den Nutzen des Unternehmens auch für französische Augen ganz und gar in Frage zu stellen geeignet sein würden.

C — r.

Nus Hannover.

Zwei Worte über die Erziehung unsrer Kinder.

I.

In dieser Zeit, welche Deutschland endlich wieder zu lange vergessenem Glanze unter den Völkern emporsteigen sah, mag schon Vielen klar geworden sein, daß die Ursache unsrer Siege nicht lediglich in der Einigung